

Kleine Anfrage

der Abg. Siegfried Lorek und Dr. Bernhard Lasotta CDU

Zusammenarbeit mit türkischen Organisationen

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet sie den Aufruf des türkischen Präsidenten Erdogan zum Boykott deutscher Parteien bei der Bundestagswahl sowie die aktuellen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in der Türkei unter Angabe, welche Schlüsse sie hieraus für die Landespolitik zieht?
2. Welche Erkenntnisse bestehen bezüglich der Zusammenarbeit bzw. dem Zusammenwirken zwischen der Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD) und der türkischen Regierungspartei AKP?
3. Welche Erkenntnisse bestehen bezüglich der Zusammenarbeit bzw. dem Zusammenwirken zwischen der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e. V. (DITIB) und der türkischen Regierungspartei AKP?
4. An welchen Schulen und mit wie vielen Schülerinnen und Schülern wird der vom türkischen Generalkonsulat verantwortete muttersprachliche türkische Unterricht in Baden-Württemberg durchgeführt (mit Aufstellung der letzten fünf Jahre sowie des kommenden Schuljahres)?
5. Bestehen rechtliche Verpflichtungen – unter Angabe, welche – zur Durchführung des muttersprachlichen Unterrichts in türkischer Sprache in Baden-Württemberg?
6. Ist eine Abschaffung oder zumindest unbefristete Aussetzung des muttersprachlichen Unterrichts in türkischer Sprache an baden-württembergischen Schulen geplant?
7. Wird das Thema in die Kultusministerkonferenz zur Erreichung einer bundeseinheitlichen Verfahrensweise eingebracht?
8. Ist nach Ablauf der Förderung des DITIB-Landesjugendverbands Württemberg sowie des DITIB-Landesjugendverbands Baden aus Mitteln des „Zukunftsplan Jugend“ bis zum 28. Februar 2017 eine erneute Förderung der DITIB-Landesjugendverbände beabsichtigt?
9. Falls ja, durch wen erfolgt die Entscheidung hierüber?
10. Wie genau erfolgt die Förderung von Jugendorganisationen aus Mitteln des Landesjugendplans (Voraussetzungen, Antragsstellung, Entscheidung)?

23.08.2017

Lorek und Dr. Lasotta CDU

B e g r ü n d u n g

Die Politik des türkischen Präsidenten und der Regierungspartei AKP entfernen sich immer weiter von den europäischen Werten. Neuerdings erfolgt der Aufruf zum Wahlboykott bzw. gezielt dazu, einige deutsche Parteien nicht zu wählen. Mit der Kleinen Anfrage werden die Aspekte der Zusammenarbeit mit dem türkischen Generalkonsulat beim muttersprachlichen Unterricht und der DITIB-Jugend sowie die Folgerungen der baden-württembergischen Landesregierung zu den Entwicklungen in der Türkei hinterfragt.